



Aktenzeichen: Pet 1-19-09-7763-050580

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 12.05.2022 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass die deutsche Traditionsfirma Opel erhalten und eine Schließung der Opel-Standorte Rüsselsheim und Eisenach verhindert wird.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen ausgeführt, dass Opel ein deutscher Traditionsautomobilhersteller sei. Sollten die Werke in Eisenach und Rüsselsheim geschlossen werden, würden tausende Menschen in Hessen,

Rheinland-Pfalz und Thüringen ihren Arbeitsplatz verlieren. Für die Städte Rüsselsheim und Eisenach würden sehr hohe Steuereinnahmen entfallen. Zudem wären gravierende Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und den deutschen Export- und Importmarkt zu befürchten und viele Zuliefererfirmen müssten in Insolvenz gehen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen 37 Mitzeichnungen und 13 Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss stellt fest, dass der Chief Executive Officer (CEO) der zum Stellantis-Konzern gehörenden Opel Automobile GmbH, Herr Hochgeschurtz, in einem



Presseinterview am 31. Oktober 2021 den Erhalt sämtlicher Opel-Werke in Deutschland zugesichert hat.

Die Bundesregierung hat in der vom Ausschuss erbetenen Stellungnahme mitgeteilt, dass es für sie wichtig ist, dass die bestehenden Werke und die Beschäftigung der Opel Automobile GmbH in Deutschland erhalten und möglichst langfristig ausgelastet werden. Hierzu steht die Bundesregierung in Kontakt mit Vertretern des Unternehmens, der Sozialpartner und Vertretern der betroffenen Bundesländer.

Der Petitionsausschuss begrüßt ausdrücklich, dass alle Opel-Standorte in Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern und somit 15.000 Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben sollen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen der Petition entsprochen worden ist.